

Projektskizze für ein LÜPF-Schwerpunktprojekt 2022/23

Ein neues Wir? Erinnerungspolitik im Wandel

Seit vielen Jahren hat es in der Bundesrepublik keine ähnliche Dichte an geschichtspolitischen Kontroversen mehr gegeben wie gegenwärtig. Sie sind zahlreich und heftig und reichen teils deutlich über die Fachwelt hinaus. Die Rede geht bereits von einem „Historikerstreit 2.0“ (der – for the times they are a-changin‘ – diesmal ein Historiker*innenstreit ist).

Schlagworte zu einigen der aktuell geführten Debatten sind: Die Umbenennung von Straßennamen; das Humboldtforum und die Restitutionsdebatte; die Anerkennung von und Entschädigung für Kolonialverbrechen; die „Mbembe-Debatte“; @IchBinSophieScholl; Emanzipation im Kaiserreich; die Orte der Demokratiegeschichte: die Paulskirche 175 Jahre nach 1848, die Instrumentalisierung des Hambacher Schlosses, das Fehlen von Erinnerungsorten der Einwanderungsgesellschaft...

Parallel zu und teils verschränkt mit diesen Kontroversen stellen sich grundsätzliche Fragen auch im Hinblick auf die etablierten Vermittlungsformate und Verbreitungskanäle der politisch-historischen Bildungsarbeit: Wie kommen die Generationen der erinnerungspolitischen Arbeit untereinander ins Gespräch? Wie geht ein Erinnern ohne Zeitzeugen? Sind Games ein adäquates Genre der Vermittlung? Welchen Einfluss hat der Strukturwandel der Medienöffentlichkeit auf den erinnerungspolitischen Konsens der Republik?

Es gibt gute Gründe für die Annahme, dass diese erinnerungspolitische „Unruhe“ nicht einfach konjunkturell ist. Sie lässt sich auch nicht auf das Handeln einzelner Institutionen und Bewegungen reduzieren, die gleichwohl ihren Anteil daran haben: Eine selbstbewusstere post-migrantische Zivilgesellschaft, die mit globalen Bewegungen wie #blacklivesmatter in Wechselwirkung tritt; ein Humboldtforum auf Rollensuche; ein demokratiegeschichtlich interessierter Bundespräsident. Doch grundsätzlicher betrachtet, gilt es die darunterliegenden tektonischen Veränderungen der bundesrepublikanischen Erinnerungslandschaft in den Blick zu nehmen. Der Globalhistoriker Sebastian Conrad hat unlängst im Merkur versucht, sie auf eine betont nüchterne Formel zu bringen: „Das historische Narrativ der Nachkriegszeit (Erinnerung I) wird durch einen veränderten Erfahrungshaushalt in der globalisierten Gegenwart herausgefordert oder zumindest ergänzt (Erinnerung II).“ Dabei meint „Erinnerung I“ den über 30 Jahre schrittweise erstrittenen erinnerungspolitischen Konsens der Bundesrepublik als Abkehr vom NS, als Absage an Krieg und Diktatur und als schrittweise Demokratisierung, mit dem Erinnern an den Holocaust als dem Zentrum der Vergangenheitsbewältigung. Seit der Jahrtausendwende ist daneben die „Erinnerung II“ getreten, als das erinnerungspolitische Regime, in dessen Zentrum die Geschichte kolonialer Herrschaft, Ausbeutung und Gewalt steht.

Wie sich die beiden Narrative zueinander verhalten und was das für die Erinnerungsarbeit bedeutet, war in letzter Zeit Gegenstand wichtiger Debatten. Als politische Bildner*innen sollten sie uns schon allein deshalb beschäftigen, um in einem etwaigen neuen „Kampf um die Seele der BRD“ (Dan Diner über den Historikerstreit „1.0“) unter den veränderten Bedingungen der 2020er Jahre weiterhin souverän unserem Auftrag zur politisch-historischen Bildung nachkommen zu können.

Wir möchten also dazu einladen, die skizzierten Veränderungen der erinnerungspolitischen Landschaft in einem LÜPF-Schwerpunktprojekt gemeinsam nachzuvollziehen, zu reflektieren und zu diskutieren. Viele Landesstiftungen sind im Bereich der Erinnerungspolitik traditionell sehr aktiv und haben starke Partner*innen in Gedenkstätten, Geschichtswerkstätten und bei anderen Akteur*innen der politisch-historischen Bildungsarbeit. Einige betreuen zudem Geschichts-AGs. Es gibt also oft bereits laufende Vorarbeiten und 2 Diskussionszusammenhänge, an die angeknüpft werden kann.

Das LüPF-Schwerpunktprojekt verstehen wir – zumindest mit Blick auf das erste Jahr 2022 – als einen Raum, um diese Arbeit inhaltlich und organisatorisch zu stärken. Andernorts mag es dazu dienen, ins Gespräch zu finden. Um das Projekt zu fokussieren, dabei jedoch die Flexibilität je nach den Diskussionsständen und Entwicklungsbedürfnissen der beteiligten Stiftungen zu erhalten, schlagen wir eine Organisation entlang von drei Handlungsfeldern vor:

1. Repertoireerweiterung: Neue Erinnerungsorte für die vielfältige Gesellschaft
2. Erzählung: Demokratiegeschichte, Republikanismus, neue demokratische Bündnisse, ...
3. Formatentwicklung: Neue Ideen für die politisch-historische Bildungsarbeit

Vorgehen

1. November/Dezember 2021: Projektgruppe der beteiligten Landesstiftungen und der Bundesstiftung konstituiert sich und schafft sich eine Arbeitsstruktur für die Jahre 2022/23.
2. Januar/März 2022: Kick-off-Workshop. Teil 1: Gemeinsamer Auftakt zur Abfrage von Wissens- und Arbeitsständen aller Beteiligten; Teil 2: (externer) inhaltlicher Input, Formatklärung und Arbeitsprogramm für das erste Jahr.
3. Im Anschluss: Handlungsfelder starten mit Impulspapieren, begleitenden Workshops und Veranstaltungen. Die weitere Ausgestaltung wird von der Projektgruppe entschieden und bei der nächsten BLK vorgestellt.

Das Schwerpunkt-LüPF ist als zweijähriges Projekt für 2022/23 konzipiert. Im Jahr 2023 könnte als Produkt ein gemeinsames Bildungsmaterial in einem der drei Handlungsfelder im Zentrum stehen.